

Belgard-Polziner Kreisblatt

No. 44

Mittwoch, den 26. Mai

1920

Achtundsechzigster Jahrgang.

Erscheint

jeden Mittwoch und Sonnabend Vormittag.
Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark
vierteljährlich bei der Expedition d. Bl.
sowie bei allen Postanstalten.



Inserta

werden mit 50 Pfg. die einspaltige Petit-
zeile oder deren Raum berechnet und bis
Dienstag oder Freitag mittags 12 Uhr
erbeten.

Ämtlicher Teil.

Die Reichstagswahl.

findet am Sonntag, den 6. Juni 1920, von vor-
mittags 8 Uhr bis 6 Uhr nachmittags statt.

Im Anschluß an meine bisherigen, die Reichstags-
wahl betreffenden Kreisblattverfügungen, mit denen die
Herren Ortsvorsteher die betreffenden Wahlvorsteher bzw.
die stellvertretenden Wahlvorsteher vertraut zu machen
haben, habe ich noch folgendes zu bemerken:

Ein Wähler, der in der Wählerliste eingetragen ist,
ist auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen,

1. wenn er in Ausübung des Berufs oder zur Er-
ledigung persönlicher oder öffentlicher (Wahl-) Ange-
legenheiten am Wahltag außerhalb seines Wohn-
ortes sich aufhält oder ihn so frühzeitig verlassen
muß oder an ihn so spät zurückkehrt, daß er inner-
halb der Wahlzeit dort nicht mehr wählen kann.
Hierzu gehören namentlich:
 - a) Schiffer und Schiffsleute auf See- und Binnen-
schiffen einschließlich der mitfahrenden Angehörigen
ihres Hausstandes,
 - b) Floßführer und Floßleute,
 - c) Bahn- und Postbedienstete,
 - d) Geschäftsreisende,
 - e) Wahlhelfer;

2. wenn er am Wahltag zu Kur- und Erholungs-
zwecken außerhalb seines Wohnortes sich aufhält;

3. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder
Gutachtens in seiner Bewegungsfähigkeit behin-
dert ist.

Verlegt ein Wähler seine Wohnung in einen anderen
Wahlbezirk, so ist er berechtigt, sich einen Wahlschein
ausstellen zu lassen.

Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist
auf Erfordern glaubhaft zu machen.

Haben Wähler einen Wahlschein erhalten, so ist in
der Spalte „Bemerkung“ der Wählerliste oder Wahl-
karten in auffälliger Weise einzutragen „gestrichen, Wahl-
schein“.

Ferner ersuche ich die Herren Ortsvorsteher und
Wahlvorsteher dafür zu sorgen, daß die nachbezeichneten,
bei früheren Wahlen wahrgenommenen Verstöße gegen
die Wahlordnung bei den bevorstehenden Wahlen ver-
mieden werden.

1. Bei vielen Wahllisten fehlte die Bescheinigung des
Gemeindevorstehers darüber, daß und wie lange die
Auslegung geschehen ist.

2. Die Berichtigung der Wählerlisten ist öfter nur
durch Streichungen und Einschreibungen ohne An-
gabe der Gründe am Rande der Liste bewirkt worden.

Einige Wählerlisten waren gar nicht abgeschlossen,
bei anderen war die für den Abschluß bestimmte
Frist nicht innegehalten, hin und wieder sogar der
Abschluß vor Beginn der Auslegung datiert. — Das
zweite Exemplar entbehrte oft auch der amtlichen
Bescheinigung der Übereinstimmung mit dem Haupt-
exemplar.

3. Sehr häufig entbehrten die Wählerlisten und Ge-
genlisten der Unterschriften des Wahlvorstandes oder
sie tragen nur die Unterschriften der Wahlvorsteher,
nicht auch die der Protokollführer und Beisitzer,

4. Ungültig erklärte Stimmzettel sind in einigen Fäl-
len, dem Protokolle nicht beigelegt, oder mindestens
nicht mit fortlaufenden Nummern versehen worden,
auch hat man zuweilen unterlassen, die Gründe an-
zugeben, aus denen die Ungültigkeitserklärung er-
folgt ist.

Zur Verhinderung mißbräuchlicher Stimmabgabe
weise ich darauf hin, daß die Wahlvorsteher berechtigt
sind, bei Zweifeln über die Gleichheit der zur Wahl er-
schienenen Personen von diesen eine Legitimation
zu verlangen.

Die Wahlverhandlung einschließlich der Ermittlung
des Wahlergebnisses ist öffentlich und daher jedem
wahlberechtigten Deutschen ohne Rücksicht auf
seine Zugehörigkeit zum Wahlbezirk der Aufenthalt im
Wahllokal gestattet.

Der Wahlvorsteher beruft unter Berücksichtigung der
verschiedenen Parteien drei bis sechs Wähler seines Wahl-
bezirktes als Beisitzer und Schriftführer und lädt die
Mitglieder des Wahlvorstandes spätestens am dritten Tage
vor dem Wahltag ein, bei Beginn der Wahlhandlung zur
Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen.
Erscheint nicht die genügende Anzahl, so ernannt der
Wahlvorsteher aus den anwesenden Wählern die erforder-
liche Zahl von Mitgliedern des Wahlvorstandes.

Den Herren Wahlvorstehern empfehle ich, sich mit
mit den von ihnen ernannten Protokollführern und ge-
gebenenfalls auch mit den Beisitzern in Verbindung zu
setzen. Bei Bildung des Wahlvorstandes wollen die Her-
ren Wahlvorsteher möglichst Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer gleichmäßig berücksichtigen.

Zu keiner Zeit der gesamten Dauer der Wahl-
handlung — von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

— dürfen weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig oder der Wahlvorsteher und der Protokollführer gleichzeitig abwesend sein.

Nach einer Mitteilung des Herrn Kreiswahlleiters für den Wahlkreis Pommern hat dieser durch Nachfrage bei den einzelnen Parteien festgestellt, daß keine der Parteien geneigt ist, von der durch Paragraph 80 und 81 der Wahlordnung gegebenen Möglichkeit der amtlichen Herstellung und Verteilung der Stimmzettel für die Reichstagswahl Gebrauch zu machen. Ich mache die Herren Wahlvorsteher hierauf besonders aufmerksam und bemerke, daß gemäß Paragraph 45 Abs. 2 der Wahlordnung im Wahlraum Stimmzettel weder ausgelegt noch verteilt werden dürfen. Der Wahlvorsteher hat die ihm von Parteien zur Verwendung übergebenen Stimmzettel am Eingang zum Wahlraum oder davor so aufzulegen, daß sie von den zur Stimmabgabe erscheinenden Wählern entnommen werden können.

Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder ausgelegt noch verteilt werden.

Für die Einlegung der Stimmzettel in die Umschläge ist entweder ein mit dem Wahllokal unmittelbar verbundener Nebenraum oder eine Vorrichtung an einem vom Vorstandstische getrennten Nebentische in dem Wahlzimmer selbst bereit zu stellen. Beide Einrichtungen müssen so beschaffen sein, daß sie nur vom Wahllokal aus erreichbar sind und die Wähler bei der Einlegung der Stimmzettel in die Umschläge vor der Beobachtung durch dritte Personen mit Zuverlässigkeit schützen und andererseits gleichwohl dem Wahlvorsteher die Möglichkeit gewähren, etwaigen mißbräuchlichem Verweilen in dem Isolierräume zur Wahrung der Rechte der übrigen Wähler und im Interesse des schnellen und unge störten Verlaufs der Wahlhandlung wirksam entgegenzutreten. Nähere Anleitungen über die Einrichtung sind nicht gegeben; sie ist je nach den Umständen so einfach und zweckmäßig als irgend möglich zu gestalten.

Von der Benutzung des Isolierraumes zur Einlegung seines Stimmzettels in den Umschlag darf kein Wähler entbunden werden.

Für die rechtzeitige und ordnungsmäßige Bereitstellung der Nebenräume bzw. der sonstigen Isoliervorrichtungen haben die Gemeinden (Gutsbezirke) zu sorgen.

Die Umschläge dürfen nicht zugestekt abgegeben werden.

Die Verteilung der Umschläge an die einzelnen Wähler hat durch eine in der Nähe des Zugangs zu dem Nebenraum oder dem mit Isoliervorrichtung versehenen Nebentische aufzustellende Person zu geschehen; insoweit die Verteilung nicht von Mitgliedern des Wahlvorstandes übernommen wird, ist für zuverlässige Hilfskräfte für diesen Zweck bei der Wahl zu sorgen.

Die Herren Wahlvorsteher ersuche ich, die vorgeschriebenen Förmlichkeiten strenge inne zu halten, auch die ihnen von den Guts- und Gemeindevorstehern zugehenden Wählerlisten darauf genau zu prüfen, ob sie vorschriftsmäßig abgeschlossen, bescheinigt und vollzogen sind, etwaige Fehler aber sogleich auf dem kürzesten Wege beseitigen zu lassen.

Das bei der Wahl benutzte Stück der Wählerliste nebst den Wahlscheinen wird der Gemeindebehörde zur Aufbewahrung unter Verschluss übergeben, es darf außer in den gesetzlich zugelassenen Fällen anderweitig erst dann verwendet werden, wenn die Wahl für gültig erklärt oder Neuwahlen angeordnet sind.

Das Hauptstück der Wählerliste dagegen steht, sobald die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis erfolgt und eine Wiederholungswahl nicht zu erwarten ist, der Gemeindebehörde zur beliebigen Verwendung zur Verfügung.

In denjenigen Fällen, in welchem das Schulhaus als Wahllokal bestimmt ist, haben die Ortsvorsteher dem betreffenden Schulvorstande schon jetzt von der Benutzung zur Wahl Kenntnis zu geben.

An die Wahlvorsteher wird demnächst noch besondere Verfügung meinerseits ergehen, es werden ihnen auch die Formulare zu den Wahlprotokollen, zur Stimm- und Gegenliste zugesandt werden, sowie letztere in meinem Besitze sind.

Ich bemerke sodann, daß die Wahlniederchriften mit sämtlichen zugehörigen, als Anlage fortlaufend zu nummerierenden Schriftstücken nach Feststellung des Wahlergebnisses ungesäumt an mich einzureichen sind.

Die Herren Ortsvorsteher wollen diese Bekanntmachung sofort zur Kenntnis der Herren Wahlvorsteher ihres Ortes bringen.

Belgard, den 26. Mai 1920.

Der Landrat.

Ausnahmezustand für Pommern aufgehoben.

Regierungspräsident.

Veröffentlicht.

Belgard, den 25. Mai 1920.

Der Landrat.

Ausstellung von Wahlscheinen zulässig, solange Ausstellung technisch möglich, also solange Wählerliste an Wahlvorsteher noch nicht ausgegeben. Etwa bereits abgeschlossene Wählerlisten auch im Abschluß durch Aufnahme eines Vermerks über nachträglich ausgestellte Wahlscheine und daher Verminderung der Zahl der Wähler ergänzen. Ausgabe der Wählerliste an Wahlvorsteher tunlichst hinausschieben. Für unbedingt sichere Aufbewahrung der Reichstagswählerlisten insbesondere auch während der Nacht besondere Vorkehrungen treffen.

Röslin, den 23. Mai 1920.

Der Regierungspräsident.

Bekanntgegeben. — Die Magistrate sowie die Herren Guts- und Gemeindevorsteher werden ersucht, nach Vorstehendem strikte zu verfahren.

Belgard, den 25. Mai 1920.

Der Landrat.

Ablieferung von Brotgetreide.

Die Reichsgetreidestelle drahtet:

„Augenblickliche Lage der Reichsgetreidestelle kritisch, da Bestände gering und Ablieferungen schwach. Umfangreiche Auslandskäufe sind getätigt. Auslandszufuhren treffen aber erst allmählich in nächsten Wochen ein. Bis dahin muß unbedingt durch verstärkte Ablieferungen aus dem Inlande geholfen werden. Kommunalverbände sind noch mit erheblichen Mengen des vereinbarten Ablieferungssolls rückständig. Ersuchen sie sofort mit allen Mitteln zu schnellerer und besserer Ablieferung anzuhalten und entsprechend drahtlich zu verständigen.“

Die Polizeibehörden der Städte Belgard und Polzin und die Gendarmeriewachmeister des Kreises sowie mehrere Beamte der Reichsgetreidestelle haben Auftrag erhalten, sofort von Wirtschaft zu Wirtschaft die Ablieferung des Restes an Brotgetreide usw. zu veranlassen, damit die Broterversorgung in den nächsten Tagen gefördert wird. Die Ortsbehörden werden die Gendarmeriewachmeister und die Beamten der Reichsgetreidestelle hierbei unterstützen. Die Gendarmeriewachmeister lassen sich die Ablieferungsscheine über die Restmengen zur Kontrolle vorlegen.

Der Kreis Belgard hat noch abzuliefern:

an Brotgetreide	61.568 Ztr.
an Gerste	44.265 Ztr.

Nachdem jetzt die Frühjahrseinstellung in der Hauptsache beendet ist, werden Hinderungsgründe nicht mehr vorliegen; sollte dies trotzdem der Fall sein, dann ist in Einzelfällen zu berichten.

Belgard, den 23. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Dr. Ahrendts, Landrat.

Zucker.

Zum Großhandel mit Zucker innerhalb der Provinz Pommern ist weiter die Firma

Kayser & Braumann in Magdeburg

zugelassen worden.

Belgard, den 22. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Dr. Warendts, Landrat.

Landwirte

kühlt gut die Milch und liefert die Morgen-, Mittags- und Abendmilch täglich in besonderen Kannen an die Molkerei ab.

Fortschreibung der Zivilbevölkerung.

Bei der Durchführung der Verordnung über die Fortschreibung der Zivilbevölkerung zum Zwecke der Lebensmittelversorgung vom 24. Oktober 1918 (R.-G.-Bl. S. 1263) haben sich vielfach dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß Personen ohne vorschriftsmäßigen Lebensmittelabmeldechein bei einer Gemeinde, in die sie ziehen, die Aufnahme in die Lebensmittelversorgung nachsuchen und es nicht angeht, sie bis zur Beschaffung des vorgeschriebenen Ausweises ohne Lebensmittelkarten zu lassen. Ich bitte daher ergebenst zu veranlassen, daß in solchen Fällen die betreffenden Personen zunächst auf die Dauer von längstens 4 Wochen mit Lebensmittelkarten versehen werden. Bei der Ausshändigung der Karten ist ihnen aber — möglichst schriftlich — zu eröffnen, daß sie nach Ablauf der 4. Woche unter allen Umständen aus der Lebensmittelversorgung der betreffenden Gemeinde wieder auszuscheiden haben, wenn sie nicht bis dahin einen vorschriftsmäßigen Lebensmittelabmeldechein ihrer bisherigen Versorgungsgemeinde beibringen. In die Fortschreibung wären die betreffenden Personen erst dann aufzunehmen, wenn sie den vorschriftsmäßigen Abmeldechein beigebracht haben. Mehrfach sind auch dadurch Schwierigkeiten entstanden, daß Vandalen, besonders Schnitter auf den Gütern ohne irgend welche Papiere und Ausweise eintreffen und in dergleichen Weise wieder entlaufen. Läßt sich in solchen Fällen die bisherige Versorgungsgemeinde, wenn überhaupt von einer solchen gesprochen werden kann, nicht mehr feststellen, so wird eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers, in welcher dieser Tatbestand festgestellt wird, als Unterlage für die Aufnahme in die Lebensmittelversorgung genügen, vorausgesetzt, daß durch eine laufende Kontrolle die Wiederabmeldung der betreffenden Arbeiter beim Verlassen des Ortes sichergestellt ist. Von der Ausstellung von Zählkarten bitte ich in diesem Falle Abstand zu nehmen.

Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß ein Lebensmittelabmeldechein nur zu einer Ab- und Anmeldeung benutzt wird und von der Gemeinde aufzubewahren ist, bei der die erste Anmeldung erfolgt. Es ist nicht angängig, den vorübergehenden Aufenthalt einer Person, die sich mit einem solchen Abmeldechein in die Versorgung einer Gemeinde anmeldet, auf diesem zu vermerken und ihr den Schein zur weiteren Benützung bei anderen Gemeinden wieder auszuhändigen, wie dies nach den hierher gelangten Mitteilungen, insbesondere bei wandernden Schauspielern, Zirkus-Angestellten u. dergl. vielfach geschieht. Nur dann wird man, um die Gemeindebehörde nicht ohne zwingenden Grund zu belasten, gegen das erwähnte Verfahren nichts einwenden können, wenn sich die betreffenden Personen nur so wenige Tage im Orte aufhalten, daß nach den bestehenden Vorschriften eine polizeiliche Anmeldung nicht erforderlich ist. Dies wird sich auch vielfach schon daraus ergeben, daß für die dauernde Aufnahme in die Lebensmittelversorgung die Vorlage eines polizeilichen Meldecheins verlangt wird. In entsprechender Weise wird zu verfahren sein, wenn es sich um Stellungsuchende, Handelsleute, Handwerksburschen und dergleichen handelt, die zwar dauernd von ihrem Heimatorte verzogen und mit Lebensmittelabmeldechein versehen sind, sich aber in dem betreffenden Orte nur wenige Tage aufhalten und polizeilich nicht zur Anmeldung gelangen.

Belgard, den 19. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Dr. Ahrendts, Landrat.

Erhöhung der Unterhaltskosten für Geistesranke, Idioten usw.

Gemäß § 11, 12 und 13 des Reglements vom 10. März/7. Mai 1892 zur Ausführung des Gesetzes vom 11. Juli 1891 (Gesetzsammlung S. 300) wird bestimmt:

1. Für die auf Grund des genannten Reglements vom Landarmenverbände von Pommern einer Anstalt zur

Verpflegung überwiesenen Geistesranke, Idioten, Epileptischen, Taubstimmten und Blinden sind an gesamten Unterstüßungskosten zu liquidieren:

a) in den Provinzialheilanstalten und in der Psychiatrischen und Nervenklinik in Greifswald jährlich 1600 M. für den Tag 4,40 M.,

b) in den Rückenmühlern Anstalten jährlich 1600 M. für den Tag 4,40 M.,

c) in den Provinzial-Korrektions- und Landarmenanstalten in Ueckermünde und Neustettin, im Provinzialfrauenheim zu Stettin und in der Provinzial-Siechenanstalt zu Bütow jährlich 1000 M. für den Tag 2,80 M.

Der etwaige Arbeitsverdienst der Pfléglinge kommt hierbei nicht in Anrechnung.

II. Die von den Kreisen und Gemeinden zu erstattenden Pflégkosten werden festgesetzt:

a) für die in den Provinzialheilanstalten, in der Psychiatrischen und Nervenklinik in Greifswald und in den Rückenmühlern Anstalten untergebrachten Kranken auf

jährlich 800 M. für den Tag 2,20 M.,

b) für die in den Provinzial-Korrektions- und Landarmenanstalten in Ueckermünde und Neustettin, im Provinzialfrauenheim zu Stettin, sowie in der Provinzial-Siechenanstalt zu Bütow untergebrachten Kranken auf jährlich 800 M. für den Tag 2,20 M.

III. Für die Berechnung der Pflégkosten finden die in dem betreffenden Beschlusse des Provinzialausschusses zur Ausführung der §§ 13, 15 des Reglements für die Verwaltung der Irrenanstalten des Provinzialverbandes von Pommern vom 17. März/12. Mai 1887 aufgestellten Grundsätze sinngemäß Anwendung.

IV. Dieser Beschluß tritt am 1. Juni 1920 in Kraft. Mit demselben Tage wird der Beschluß vom 26. Februar 1919 — G. Nr. 3 — aufgehoben.

Stettin, den 27./30. April 1920.

Der Provinzialausschuß.

Veröffentlicht.

Belgard, den 19. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Dr. Ahrendts, Landrat.

Verpflegungskosten für Geistesranke.

In Ausführung der §§ 13, 15 des Reglements für die Verwaltung der Irrenanstalten des Provinzialverbandes von Pommern vom 17. März/12. Mai 1887 wird folgendes bestimmt:

I. Die Verpflegung der Geistesranke erfolgt:

a) in den Provinzialheilanstalten zu Lauenburg, bei Ueckermünde, zu Treptow a. Rega und zu Stralsund in drei Klassen und zwar wird in Klasse I eine den Bedürfnissen der wohlhabenden Stände entsprechende Befestigung und Wohnung, insbesondere für jeden Kranken ein besonderes Zimmer gewährt, in Klasse II dasselbe mit der Maßgabe, daß mehrere Kranke gemeinsam Wohn- und Schlafräume erhalten, Klasse III bildet die Normalklasse;

b) in den von dem Landarmenverband benutzten fremden Anstalten (z. Bt. Psychiatrischen und Nervenklinik Greifswald) in einer (Normal-) Klasse.

II. An Pfléggeldern sind zu zahlen:

1. Für einheimische Kranke (Reglement § 3 Abs. 1):

a) in den Provinzialheilanstalten:

in Klasse I	jährl. 4000 M.,	für den Tag 11,00 M.,
" " II	2800 " " "	7,70 "
" " III	1600 " " "	4,40 "

b) in den von dem Landarmenverband benutzten fremden Anstalten:

jährlich 1600 M., für den Tag 4,40 M.

2. Für nicht in der Provinz einheimische Kranke (Reglement § 3 Abs. 2) die unter 1 bestimmten Fälle mit einem Zuschlage von jährlich 300 M., für den Tag 0,85 M.

3. Von den Armenverbänden der Provinz, soweit nicht kostenfreie Verpflegung eintritt (Reglement § 15),

jährlich 800 M., für den Tag 2,20 M.

III. Für die Berechnung der Pflegegelder sind nachstehende Grundsätze maßgebend:

1. Es wird nur die wirkliche Verpflegungszeit angerechnet, wobei der Aufnahmetag voll in Ansatz kommt, der Entlassungstag ganz außer Betracht bleibt. Fälle einer vorübergehenden Abwesenheit (Beurlaubung, Entweichung), deren Dauer sechs Wochen nicht übersteigt, bleiben unberücksichtigt, sofern sich nicht die Entlassung unmittelbar anschließt.
2. Die unter II festgestellten Tagesätze kommen nur in Anwendung, soweit es sich um Teile eines Kalendervierteljahres handelt. Werden nicht die vollen Pflegegelder gezahlt, und entsprechend die Beiträge nicht einer der unter II angegebenen Summe, so werden von je 50,— M. Jahresbeitrag 14 Pf. und im übrigen von jeder Mark 0,3 Pf. als Tagesatz berechnet.
3. Findet im Laufe des Kalendervierteljahres eine Ermäßigung der Pflegegelder statt, oder wird ein zahlender Kranker in eine andere Anstalt versetzt, so werden die Vierteljahresätze nach der Tageszahl des betreffenden Vierteljahres auf die einzelnen Tage verteilt.

IV. Dieser Beschluß tritt am 1. Juni 1920 in Kraft. Mit demselben Tage wird der Beschluß vom 26. Februar 1919 — D. Nr. 3 — aufgehoben.

Stettin, den 27./30. April 1920.

Der Provinzialausschuß.

Veröffentlicht.

Belgard, den 20. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Ahrendts, Landrat.

Tägliche Milchlieferung an die Molkereien!

Damit die Milch bei der wärmeren Jahreszeit in süßem Zustand an die Molkereien abgeliefert wird, ersuche ich die Milchlieferanten, ihre Milch von sofort ab täglich an die Molkerei abzuliefern. Saure Milch ist die größte Gefahr für die Säuglinge und für die Kranken. Bei der großen Milchknappheit muß dahin gestrebt werden, daß jeder Tropfen Milch als Nahrungsmittel verwandt werden kann.

Die Herren Ortsvorsteher, Gendarmeriewachmeister, Kreis-Milchkontrolleure und die Molkereien ersuche ich, in diesem Sinne zu wirken. Etwaige Milchlieferanten, die dieser Anordnung nicht Folge leisten, sind mir namhaft zu machen. Die Herren Ortsvorsteher ersuche ich, dies ortsüblich bekannt zu machen.

Belgard, den 17. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Ahrendts, Landrat.

Kreiszuschüsse.

Die Magistrate, sowie die Herren Guts- und Gemeindevorsteher, welche noch Kriegsfamilienunterstützungen bezw. Kreiszuschüsse auszahlen, ersuche ich um möglichst umgehende Anzeige darüber, wieviel im Monat Mai d. Js. vorauslagt worden ist:

- a) an Kreiszuschüssen auf Grund der im November 1917 ergangenen Bestimmungen (auf dem Lande 3 Mark und in den Städten 5 Mark pro Person und Monat),
- b) an erhöhten Kreiszuschüssen auf Grund der im Jahre 1918 ergangenen Bestimmungen (pro Person und Monat 3 Mark).

Die hierzu erforderlichen Formulare lasse ich den Magistraten, sowie den Herren Guts- und Gemeindevorstehern der noch in Frage kommenden Ortschaften zu gehen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Anzeigen mir bestimmt bis zum 5. Juni d. Js. spätestens einzureichen sind, da ich bis zum 10. desselben Monats dem Herrn Regierungspräsidenten Bericht zu erstatten habe.

Belgard, den 22. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Ahrendts, Landrat.

Beschulung taubstummer und blinder Kinder.

In Ausführung der §§ 17 und 18 der Satzung für die Verwaltung des Taubstumm- und Blinden-Bildungswesens in der Provinz Pommern zur Ausführung des Gesetzes vom 7. August 1911 betreffend die Beschulung blinder und stummer Kinder wird das Pauschquantum der erstattungsfähigen Unterhaltungskosten auf 800,— M. für jedes Kind vom 1. April 1920 ab festgesetzt.

Mit demselben Tage wird der Beschluß des Provinzialausschusses vom 10. Dezember 1919 — S. Nr. 6 — aufgehoben.

Stettin, den 27. April 1920.

Der Provinzialausschuß.

Veröffentlicht.

Belgard, den 19. Mai 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Der Landrat. Dr. Ahrendts.

Ermittelung der Angehörigen von Vermissten.

Die Magistrate, Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises ersuchen wir, uns bestimmt bis spätestens den 5. Juni d. Js. die Namen und Geburtstage der Angehörigen der vor dem 3. März 1919 Vermissten mitzuteilen.

Gleichzeitig ist anzugeben, welche von den Angehörigen sich in dringend unterstützungsbedürftiger Lage befinden, damit ihnen evtl. noch nachträglich die Winterbeihilfe gewährt werden kann. Das Verwandtschaftsverhältnis zu den Vermissten und ob die Angehörigen noch Familienunterstützung beziehen, ist anzugeben.

Fehlanzeige nicht erforderlich.

Belgard, den 26. Mai 1920.

Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Nach einer Mitteilung der hiesigen Schweizerischen Gesandtschaft als Vertreterin der Brasilianischen Interessen in Deutschland und ausweislich der hier vorgelegten Bestallungsurkunde ist Herr Filinto de Abreu zum Brasilianischen Generalkonsul in Hamburg ernannt worden.

Zu seinem Amtsbezirk gehört auch das Staatsgebiet des dortigen Geschäftsbereichs.

Dem Generalkonsul, der bereits in Hamburg eingetroffen ist, wird das Exequatur namens des Reichs erteilt werden, sobald die diplomatischen Beziehungen mit Brasilien wieder aufgenommen sind. Da bis dahin noch einige Zeit vergehen wird, andererseits aber die alsbaldige Aufnahme der konsularischen Beziehungen mit Brasilien erwünscht erscheint, beehre ich mich zu ersuchen, den Generalkonsul Abreu schon jetzt für den dortigen Geschäftsbereich einstweilen anzuerkennen und zuzulassen, wie dies bereits seitens des Senats in Hamburg geschehen ist. Einem Bericht über das Geschehene werde ich ergebenst entgegensehen.

Berlin, den 23. April 1920.

Auswärtiges Amt.

J. A. Unterschrift.

Vorstehendes allen Beteiligten zur Kenntnis.

Belgard, den 21. Mai 1920.

Der Landrat.

Räude.

Nachdem sich bei den Pferden des Eigentümers Gehrt in Pumlitz innerhalb der letzten 6 Wochen keine räudeverdächtigen Erscheinungen gezeigt haben und die vorchriftsmäßige Desinfektion ausgeführt ist, gilt die Räude als erloschen. Die angeordneten Schutzmaßregeln werden aufgehoben.

Belgard, den 18. Mai 1920.

Der Landrat.

Im Verlage von Wilh. Ernst und Sohn, Berlin W. 66, Wilhelmstraße 90 ist ein weiteres Heft der vom früheren Reichskommissar für Wohnungswesen, Unterstaatssekretär Scheidt herausgegebenen Druckschrift über sparsames Bauen erschienen. Der Verkaufspreis beträgt 7,— Mark für ein Heft. Ich weise hiermit darauf hin und stelle anheim, im Interesse der notwendig erforderlichen Anwendung einer sparsamen Bauweise das Heft zu beziehen.

Belgard, den 17. Mai 1920.

Der Landrat.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zu Nr. 44 des Belgard-Polziner Kreisblatts.

Ueberlassung von Schulräumen zu Wahlversammlungs Zwecken.

Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wünscht, daß die Leiter der ihm unterstellten Anstalten, soweit ihre Stellungnahme in Frage kommt, in allen Fällen, wo Parteiorganisationen um Ueberlassung von Schulräumen zu Wahlversammlungs Zwecken bitten, weitgehendes Entgegenkommen beweisen. Dabei ist sämtlichen politischen Richtungen gegenüber peinliche Unparteilichkeit und Parität zu wahren. Soweit durch die Ueberlassung von Schulräumen besondere Kosten erwachsen, sind diese den Saalmietern, die auch für etwa entstehende Schäden haften, in Rechnung zu stellen. Der Schulunterricht darf durch die Ueberlassung in keiner Weise gestört werden.

Für die höheren Lehranstalten städtischen Patronats wird bemerkt:

Durch vorstehenden Erlaß wird nur die Stellungnahme der Anstaltsleiter bestimmt. Die Bestimmungen über die Zuständigkeit für die Ueberlassung der Schulräume (Vergl. den Abschnitt „Aufsicht über die Schulräume“ in den Dienstabweisungen, — und, wo die Verwaltungsordnung eingeführt ist, deren § 17) werden hierdurch nicht berührt.

Hinsichtlich der Volksschulen bleibt das Recht der Schulverbände zur Beschlussfassung über die Vergabe der Schulräume im Rahmen der bestehenden Vorschriften unberührt.

Wir verweisen auf unsere allgemeine Verfügung im Schulblatt Jahrgang 1912 S. 141, durch welche die uns zustehende Genehmigung für die Reichstagswahlen schon ein Mal für alle Male erteilt worden ist. Zur Vergabe für diesen Zweck bedürfen die Schulverbände also keiner besonderen Genehmigung.

Köslin, den 18. Mai 1920.

Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

J. A. Unterschrift.

Veröffentlicht.

Belgard, den 12. Mai 1920.

Der Landrat.

In Nummer 32 des „Berliner Lokalanzeigers“ vom 22. März 1920 findet sich nachstehende Mitteilung:

„Erfolgreiche Arbeitslosenkontrolle in Altona.“

Die Leitung des Altonaer Arbeitsnachweises hatte zur Erweiterung der Kontrolle der Arbeitslosen Veranlassung genommen. Auf Grund eines Losystems wurde bei der täglich vormittags vorgenommenen Stempelung jeder siebente Erwerbslose verpflichtet, sich am Nachmittag zu einer zweiten Stempelung einzufinden. Daraufhin kam eine nicht unerhebliche Anzahl Unterstützungsempfänger nicht mehr zur Stempelung und verzichtete damit freiwillig auf die Unterstützung. Der gute Erfolg veranlaßte dazu, die doppelte Kontrolle allgemein durchzuführen. Das Ergebnis übertraf alle Erwartungen; bereits in den ersten drei Wochen ist etwa ein Siebentel der Unterstützungsempfänger aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden. Natürlich dürfte man auf Grund dieses günstigen Ergebnisses die doppelte Kontrolle dauernd beibehalten.“

Die hier geschilderte Maßnahme dürfte zur Nachahmung anregen; ich darf deshalb Bekanntgabe an die Gemeinden empfehlen.

Berlin, den 30. März 1920.

Der Reichsarbeitsminister.

J. A. gez. Dr. Weigert.

Vorstehendes allen Herren Ortsvorstehern zur Kenntnis und mit der Empfehlung die Einführung der geschilderten Maßnahmen zu erwägen.

Belgard, den 21. Mai 1920.

Der Landrat.

Durch § 5 des im Reichsgesetzblatt 1920 S. 465 veröffentlichten Gesetzes vom 1. April 1920, betreffend Änderung des Gesetzes über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867 (Bundes-Gesetzblatt S. 33) und des Konsulatsgebührengesetzes vom 17. Mai 1910 (Reichsgesetzblatt S. 847), ist der § 8 des genannten Paßgesetzes aufgehoben worden. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, den veränderten Verhältnissen entsprechend die bisherigen Paßgebühren angemessen zu erhöhen und nach dem Vorgehen fremder Staaten besondere Gebühren für die Erteilung von Sichtvermerken einzuführen.

Innerhalb der Drei-Mark-Grenze des erwähnten § 8 des Paßgesetzes haben bis jetzt die Landesregierungen die für die Ausstellung der Pässe im Einzelfall zu erhebenden Gebühren von sich aus festgesetzt; infolgedessen wurden, soweit hier bekannt, die fraglichen Gebühren in den einzelnen Ländern in verschiedener Höhe erhoben. Im Interesse der Einheitlichkeit erscheint es indes erforderlich, fortan tunlichst gleichmäßige Gebührensätze vorzusehen.

Zu diesem Zwecke teile ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern und dem Herrn Reichsfinanzminister die nachstehenden allgemeinen Richtlinien mit:

I. Um Härten zu vermeiden, ist eine Staffelung der Gebühren für die zu verschiedenen Zwecken benötigten Pässe und für die verschiedenen Arten von Sichtvermerken nicht zu entbehren. So ist zunächst zu unterscheiden:

1. zwischen Pässen, die für Reisen ins Ausland bestimmt sind und solchen, die nur im Inland gebraucht werden sollen (sogenannte Auslands- und Inlandspässe);
2. zwischen einfachen Ausreise-, Rückreise- und Dauer-Sichtvermerken.

Ferner ist zu erwägen, daß der Reiseverkehr innerhalb des deutschen Reichs nach den bestehenden Paßvorschriften grundsätzlich unbeschränkt ist, und daß im Inland — für Reichsangehörige — nur ein Recht, nicht eine Pflicht zur Führung eines Passes besteht (vergl. § 1 des Paßgesetzes). In den Fällen daher, in denen für den Inlandsverkehr zurzeit Pässe gefordert werden, wie bei Einreisen in gewisse Teile des besetzten Gebiets, beim Verkehr mit den Abstammungsgebieten und beim Verkehr mit Ostpreußen, wird eine besonders niedrige Gebühr am Platze sein.

Auf Grund dieser Erwägungen werden nachstehende Gebühren festgesetzt:

- | | |
|---|-----------|
| a. für Auslandspässe | 25,00 Mk. |
| für Inlandspässe | 15,00 Mk. |
| für Inlandspässe im Verkehr mit dem besetzten rheinischen Gebiete, mit den Abstammungsgebieten und mit Ostpreußen | 5,00 Mk. |
| b. für einfache Ausreisefestvermerke | 15,00 Mk. |
| für Rückreisefestvermerke | 25,00 Mk. |
| für Dauerfestvermerke | 30,00 Mk. |
- (Die Ausstellung der für den Verkehr mit Ostpreußen vorerst noch erforderlichen Sichtvermerke erfolgt gebührenfrei).

II. Im übrigen erscheint es angezeigt, für bedürftige Gesuchsteller — namentlich auch für mittellose Auswanderer — die Möglichkeit eines Erlasses oder einer Herabsetzung der an sich gemäß I a und b) zu erhebenden Gebühren vorzusehen. Demgemäß ermächtige ich die Paß- und Sichtvermerksbehörden, gegebenenfalls und nach Lage der Verhältnisse der einzelnen Gesuchsteller, die oben bezeichneten Gebühren entsprechend zu ermäßigen oder — beim Vorliegen besonderer Bedürftigkeit — ganz zu erlassen.

III. Die Neuregelung tritt sofort in Kraft. Der Ertrag der fraglichen Gebühren ist zur Staatskasse zu vereinnahmen.

Ueberdrucke für die Paß- und Sichtvermerksbehörden, welche hiernach zu verfahren haben, sind beigelegt.

Berlin, den 3. Mai 1920.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage: Schloßer.

Vorstehendes zur Kenntnis aller Beteiligten.

Ich weise dabei erneut darauf hin, daß die Pässe und Sichtvermerke hier **persönlich** zu beantragen sind. Dabei sind auch die nach Vorstehendem zu entrichtenden Gebühren zu bezahlen. **Stundung der Beträge kann nicht erfolgen.**

Veröffentlicht.

Belgard, den 11. Mai 1920.

Der Landrat.

Nachdem nach Mitteilung des Heeresabwickelungsamts Preußen der Abtransport der litauischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat inzwischen beendet und das Sammellager Nr. Holland geschlossen worden ist, kommt für die Heimkehr litauischer Staatsangehöriger Absatz 3 meines Rundverlasses vom 13. November 1919, IV b, 2853, nicht mehr in Frage.

Soweit sich in preußischen Staatsgebiet noch litauische Staatsangehörige befinden sollten, die in ihre Heimat zurückkehren wünschen, müssen sie daher versuchen, als Einzelreisende auf eigene Kosten in ihre Heimat zurückzugelangen. Ich ersuche ergebenst, ihnen gegebenenfalls anheimzustellen, sich wegen Beschaffung der für die Durchreise durch Polen und für die Einreise nach Litauen erforderlichen Ausweispapiere an die litauische Gesandtschaft in Berlin W. 50, Kurfürstendamm 242, zu wenden. Das Auswärtige Amt wird die Gesandtschaft entsprechend verständigen und hierbei darauf hinweisen, daß unbemittelten Litauern deutscherseits Mittel für die Heimkehr nicht zur Verfügung gestellt werden können und daß es daher der litauischen Regierung überlassen bleiben muß, ihren mittellosen Staatsangehörigen die für die Rückkehr in die Heimat erforderlichen Unterstützungen zu gewähren.

Berlin, den 12. März 1920.

Der Minister des Innern.
Im Auftrage: gez. Unterschrift.

Die Ortsvorstände wollen die beteiligten Ausländer im Sinne vorstehenden Erlasses benachrichtigen.

Belgard, den 21. Mai 1920.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Nach § 41 des Gesetzes über das Reichsnotopfer ist der Abgabepflichtige berechtigt, im voraus Zahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe in bar zu leisten, für die ihm, soweit sie bis zum 30. Juni 1920 erfolgen, eine Vergütung von 8 vom Hundert und, soweit die Einzahlung in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 erfolgt, eine solche von 4 vom Hundert gewährt wird.

Die Reichsbankanstalten sind angewiesen worden, Zahlungen dieser Art vom 5. März 1920 ab entgegenzunehmen. **Zur weiteren Erleichterung der Zahlungen ist nunmehr auch die Finanzkasse (Kreisasse) in Belgard zu deren Annahme ermächtigt.**

Die dem Einzahler zustehende Vergütung in Höhe von 8 oder 4 vom Hundert ist im voraus abzuziehen, sodaß bei Einzahlung von je 92 oder 96 Mark Beträge von je 100 Mark als getilgt angerechnet werden. Ueberschießende Beträge, die nicht durch 92 oder 96 Mark teilbar sind, können nicht angenommen werden. Die in § 30 des Gesetzes vorgesehene Verpfändung zur Verzinsung der Abgabe vom 1. Januar 1920 ab mit 5 vom Hundert hört mit dem Tage der Einzahlung für den gezahlten Betrag auf. Barzahlungen können auch durch Banküberweisungen und Schecks erfolgen.

Belgard, den 3. Mai 1920.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Von den Räumen des seit 1. April 1920 bestehenden, die Kreise Belgard und Schivelbein umfassenden Finanzamts Belgard befinden sich:

- in der Meiß-Nichow-Stiftung das Amtszimmer des Finanzamtsleiter und der Hauptraum des Finanzamts. Es werden dort bearbeitet die Reichsteuersachen und die restlichen Staatssteuersachen für das platte Land des Kreises Belgard und für den ganzen Kreis Schivelbein.
- im Amtsgerichtsgebäude Zimmer Nr. 14 und 15 die Diensträume zur Bearbeitung der Reichsteuersachen und der restlichen Staatssteuersachen für die Städte Belgard und Polzin. Dort wird auch die Gewerbesteuer für die ganzen Kreise Belgard und Schivelbein bearbeitet.
- im Kreishause Zimmer Nr. 5 das Dienstzimmer zur Bearbeitung der Stempel und Erbschaftsteuersachen.

Briefe dienstlichen Inhalts sind ohne Rücksicht auf die Arbeitsverteilung auf die einzelnen Diensträume an das Finanzamt Belgard, niemals an die Person des Leiters des Finanzamts zu richten; zur persönlichen Verhandlung hat das Publikum sich natürlich zu den betreffenden Dienststellen zu begeben. Eine telefonische Verbindung hat das Finanzamt z. Zt. nicht; wird eine solche hergestellt dann wird Bekanntmachung erfolgen.

Die Dienststunden sind bis auf weiteres auf 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 1/4 bis 1/27 Uhr nachmittags festgesetzt. Ein persönlicher Verkehr mit dem Publikum findet abgesehen von ganz dringenden Fällen nur während der Vormittagsdienststunden statt.

Belgard, den 19. Mai 1920.

Das Finanzamt.

Inserate.

Bekanntmachung.

Da die sechsjährige Wahlperiode des Herrn Landschaftsdirektors von Herzberg am 29. Juni d. Js. abgelaufen ist, ersuche ich die Herren Stände Belgarder Kreises gemäß § 22 der Pommerischen Landschaftsordnung zur Neu- bzw. Wiederwahl des Landschaftsdirektors Treptower Bezirks unter Berücksichtigung der §§ 26, 29, 104 und 108 der Landschaftsordnung zu schreiten und ihre Wahlzettel selbst unterschrieben und verschlossen mit der Aufschrift:

Wahlzettel der Gutes zur Wahl
eines Landschaftsdirektors Treptower Bezirks

entweder an mich oder an die Direktion in Treptow a. Rega bis zum 15. Juni d. Js. einzusenden. Derjenige, welcher seine Stimme nicht abgibt, hat sich der Abstimmung der Mehrzahl zu unterwerfen.

Ballenberg, den 15. Mai 1920.

Der Landschafts-Deputierte.
Schmieden.

Bekanntmachung.

Die sechsjährige Wahlzeit des Herrn Landschaftsrats von Anobelsdorf-Brenkenhoff auf Ramelow läuft am 27. Juli d. Js. ab. Es ist daher eine Neuwahl bezw. Wiederwahl auf 6 Jahre erforderlich.

Die Herren Stände des Belgarder Kreises ersuche ich daher, nach Anleitung der §§ 38 bezw. 22, 23 und 26 der Pommerischen Landschaftsordnung schleunigst ihre Wahlzettel verschlossen mit der Aufschrift:

„Wahlzettel des Gutes zur Wahl
eines Landschaftsrates im Bezirk Treptow a. R.“

entweder mir oder der Landschafts-Bezirks-Direktion zu Treptow a. Rega bis zum 15. Juni d. Js. einzusenden. Derjenige, welcher seine Wahlstimme nicht abgibt, unterwirft sich den Mehrheitsstimmen.

Ballenberg, den 15. Mai 1920.

Der Landschaftsdeputierte.
Schmieden.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 34 eingetragen der Ein- und Verkaufsverein der Schuhmacher zu Polzin, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Polzin. Gegenstand des Unternehmens ist:

1. Beschaffung der zum Geschäftsbetriebe der Mitglieder erforderlichen Rohmaterialien, halb und ganz fertiger Waren,
2. Verkauf von Erzeugnissen der Mitglieder,
3. Uebernahme und Vergebung von gemeinschaftlichen Arbeiten.

Die Haftsumme beträgt 1200 Mark, die höchste zulässige Zahl der Geschäftsanteile beträgt 15. Die Mitglieder des Vorstandes sind: Fritz Gurband, Richard Gurband und Christlieb Plager, sämtlich in Polzin. Sitzung vom 23. April 1920. Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern, durch das Pommerische Genossenschaftsblatt zu Stettin. Beim Eingehen dieses Blattes haben die Bekanntmachungen bis zur nächsten Generalversammlung durch den Deutschen Reichsanzeiger zu erfolgen. Das Geschäftsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen. Die Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch zwei Vorstandsmitglieder erfolgen. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Polzin, den 4. Mai 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 35 die Elektrizitäts- und Maschinen-genossenschaft Bramstädt, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht Bramstädt eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Benutzung und Verteilung von elektrischer Energie und die gemeinschaftliche Anlage, Unterhaltung und der Betrieb von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. Die Haftsumme beträgt 100 Mark, die höchste zulässige Zahl der Geschäftsanteile beträgt 100. Die Mitglieder des Vorstandes sind: Leo Tölke, Franz Bergemann, Anton Marquardt, sämtlich in Bramstädt. Sitzung vom 14. März 1920. Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern durch das Pommerische Genossenschaftsblatt in Stettin. Beim Eingehen dieses Blattes haben die Bekanntmachungen bis zur nächsten Generalversammlung durch den Deutschen Reichsanzeiger zu erfolgen. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März. Die Willenserklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch mindestens zwei Vorstandsmitglieder erfolgen. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Polzin, den 6. Mai 1920.

Das Amtsgericht.

Weitere Feuerversicherungs-Gesellschaft sucht

Vertreter

für Belgard und Umgegend. Bestand vorhanden. Angebote unter L. 7734 an S. Salomon, Stettin.

Brennholz, Grubenholz, Langholz, Waldparzellen

jeder Art werden ständig gekauft.

Vermittler erhalten Provision.

Richard Paulke, Liebenow N. M.

Jagdverpachtung.

Am 21. Juni, nachmittags 2 Uhr soll in der Wohnung des Unterzeichneten die gesamte Jagdnutzung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks der Gemeinde Kowalk auf einen 6jährigen Zeitraum und zwar vom 1. Juli 1920 bis 30. Juni 1926 öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Bedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Kowalk, den 25. Mai 1920.

Der Jagdvorsteher.

Pommerening, Gemeindevorsteher.

Jagdverpachtung.

Die Jagdnutzung auf der Rostliner Feldmark soll vom 16. Juni 1920 ab auf 6 Jahre in 2 Losen von 610,48 Mark bezw. 525,18 Mark

am Donnerstag, den 10. Juni 1920, nachm. 3 Uhr in der Wohnung des Unterzeichneten im Wege des öffentlichen Meistgebots verpachtet werden. Bedingungen werden vor Beginn der Versteigerung bekannt gemacht.

Rostin, den 25. Mai 1920.

Der Jagdvorsteher.

H. Maddag 1

Drehstrom-Motore

Fabrikat S. S. W., neu, 330/220 Volt, 7 1/2 PS 1440 Touren, sofort lieferbar, für Landwirtschaft und Industrie. Aufstellung durch eigene Monteure, volle Betriebsgarantie.

Elektrohandlung H. Masuhr, Königsberg Br.

Gartenbergstraße 5.

Eine gute billige Berliner Tageszeitung ist die

Deutsche Warte

Für:
Heimstätten

Gegen:
Bodenwucher

Herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damaschke

(der bekanntlich von Männern und Frauen aller Parteien als Kandidat für die

Reichspräsidentenschaft
aufgestellt ist)

Mk. 3.50 monatlich
(mit Beilagen wöchentlich)

Verlag der deutschen Warte,
Berlin N.W. 6.

Erstklassige Firma

bergibt in noch einigen Bezirken die Vertretung ihrer gut eingeführten, glänzend bewährten landwirtschaftl. Kleinmaschinen. Tüchtigen, zielbewußten Herren u. Firmen bietet sich ein Jahres-einkommen von 40—50 000 Mk. Offerten von kurzentschlossenen, ernstlichen Reflektanten mit ca. 4—5000 Mark erbeten an die Ges. d. Bl.

la. Messina-Citronen

empfiehlt

Emil Batt.

empfiehlt

Krätze

beseitigt in 2 bis 3 Tagen
San.-Rat Dr. Strahl's
geruch- u. farblos
Scabin-Kur
Seife, Flüssigkeit u. Salbe
zusamm. Mk. 15.00 dach
Elefanten-Apothek.,
Berlin S.W. 19
Leipziger Straße 74.

452

**la. Sauerkohl
und saure Gurken**

Bernh. Maas.

Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Leipziger Aerzte-Verband für Deutschland und dem allgemeinen deutschen Krankenkassen-Verband von dem letzteren abgebrochen sind, tritt der vertragslose Zustand zwischen sämtlichen Krankenkassen und Aerzten mit dem 25. d. Mts. mittags 12 Uhr ein. Behandlung der Kassenangehörigen findet nur gegen sofortige Barzahlung unter Zugrundelegung der allgemeinen deutschen Gebührenordnung für Aerzte statt.

Belgard, den 21. Mai 1920.

Der Belgard-Schivelbeiner Aerzte-Verein (G. B.)

Redaktion, Druck und Verlag Gustav Klemp Nachf., Belgard.

